

MARTIN ZECHNER
über den Verlust an Ansehen, den
Österreich derzeit erleidet



Gilt noch die Unschuldsvermutung?

Es war einmal ein Land, in dem in sozialpartnerschaftlicher Harmonie und dem Zusammenwirken der beiden Großparteien ein friedvolles Leben herrschte. Die Themen, die das Land bewegten, unterschieden sich nicht von denen anderer Länder. Das System schien zu funktionieren. Hin und wieder war das Leben von kleinen und mittleren Skandalen geprägt, und wenn diese aufkamen, wurden sie juristisch verfolgt und aufgearbeitet. Die herrschenden beiden Parteien verabsäumten es jedoch, sich und das System zu reformieren. Sie fühlten sich sicher in diesem System.

Plötzlich formierte sich jedoch eine nationale Partei, deren neue, junge Proponenten es perfekt verstanden, sich als Saubermänner zu positionieren. Sie schafften es, überzogene

„Es gilt die Unschuldsvermutung“ zählt mittlerweile zu den meistgebrauchten Formulierungen im heimischen Journalismus.“

Gehälter von Kämmerern, Politikerbezüge oder die „bösen Zuwanderer“ zum populistischen Thema zu machen. Sie skandalisierten, was das Zeug hielt, und bekamen dadurch immer mehr Zuspruch. Die beiden Großparteien sahen diesem Treiben völlig wehrlos zu, bis einer der beiden Parteiobermänner die Idee hatte, das Thema zu lösen und diese Saubermänner in eine Regierung zu holen. Was dann passierte, erscheint nun schon paradox: Genau in diesem Zeitraum der Regierungsbeteiligung kam es offensichtlich zu einer noch nie da gewesenen Welle von Begünstigungen und zahlreichen mehr als aufklärungswürdigen Vorgängen.

Tag für Tag werden wir nun mit neuen Erkenntnissen und Vorwürfen konfrontiert. Politskandale, Korruption und Bestechung dominieren die Medien und der Satz „Es gilt die Unschuldsvermutung“ zählt mittlerweile zu den meistgebrauchten Formulierungen im österreichischen Journalismus. Österreich befindet sich derzeit auf dem besten Weg, seine letzte internationale Reputation zu verlieren. Das ist zweifelsohne das Resultat einzelner Entwicklungen, welche durch Politiker und ihnen nahestehende Berater nicht nur praktiziert, sondern auch gewusst und toleriert wurden.

Dabei wird vor allem eines übersehen: Für Politiker gelten noch höhere Maßstäbe der Integrität und der moralischen Verantwortung als für den Normalbürger. Sie repräsentieren unser Land nach außen und verwalten unsere Steuergelder. Daher liegt es nun an der Justiz, die Sachverhalte lückenlos aufzuklären und gegebenenfalls mit hohen Strafen zu ahnden. Sollte das nicht passieren, wäre damit ein System der Begünstigung und Korruption legitimiert, unsere Demokratie und der Wirtschaftsstandort ein für alle Mal ruiniert. Die Unschuldsvermutung gilt daher schon längst nicht mehr. Jeder, der von den angeblichen Malversationen gewusst hat oder daran beteiligt war, hat sich in diesem österreichischen Trauerspiel schuldig gemacht. Die einen rechtlich und die anderen moralisch.